

Liechtensteiner Volksblatt

Adresse: Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan Telefon (075) 232 42 42 Fax Redaktion (075) 232 29 12 Fax Inserate (075) 232 95 46 Amtliches Publikationsorgan 90 Rp.

AKTUELL

Schweiz senkt Diskontsatz

Zürich (AP) Die Schweiz senkt im Gleichschritt mit Deutschland den Diskontsatz und bremst damit den Aufwertungsdruck auf den Franken. Die Nationalbank gab die Reduktion des Leitzinssatzes um einen halben Punkt auf 3,0 Prozent am Donnerstag bekannt. Damit werden auch Forderungen von Exportwirtschaft, Tourismus und Gewerkschaften erfüllt. Der Franken gab sofort deutlich nach.

Bauwirtschaft erwartet Verschlechterung

Zürich (AP) Die Schweizerische Bauwirtschaftskonferenz rechnet für die zweite Hälfte dieses Jahres mit einem schlechteren Ergebnis. Das vergangene Jahr könne als baukonjunkturelles Zwischenhoch bezeichnet werden und bilde eine vernünftige Basis für die zukünftige Realisierung anstehender Grossprojekte, heisst es in einer am Donnerstag in Zürich veröffentlichten Lagebeurteilung.

600 SNB-Millionen für leere Staatskassen

Zürich (AP) Die leeren Kassen von Bund und Kantonen erhalten zum vierten aufeinanderfolgenden Mal einen Zustupf von insgesamt 600 Millionen Franken aus dem Notenbankgewinn. In dem am Donnerstag veröffentlichten Geschäftsbericht 1994 bekräftigt die Schweizerische Nationalbank (SNB) zudem ihren auf Preisstabilität ausgerichteten Kurs in der Geldpolitik.

Erstes Arbeitspapier auf UN-Klimagipfel

Berlin (AP) Mehrere Industriestaaten haben auf der UN-Klimakonferenz in Berlin ein erstes Papier erarbeitet, das in ein Mandat für Verhandlungen über eine weltweite Reduzierung von Treibhausgasen münden soll. Es handele sich dabei jedoch noch um keinen Entwurf, sondern eher um einen «Stichwortzettel», hiess es am Donnerstag im Bundesumweltministerium. Ein Sprecher betonte, die Bundesregierung sei an der Erarbeitung des Papiers nicht beteiligt gewesen, da es unter ihrer Zielsetzung liege. Ministerin Angela Merkel als Konferenzpräsidentin verhandelte derweil über den umstrittenen Abstimmungsmodus. Das Arbeitspapier sei aus einem ersten Brainstorming von vier Industriestaaten hervorgegangen und absolut unverbindlich, sagte der Sprecher. Es bleibe deutlich hinter den Vorstellungen der Europäischen Union zurück. Das Klimaforum, eine Vereinigung von weltweit rund 160 Umweltschutzorganisationen, verwarf das Papier als Misserfolg.

Bald einheitliche Trägerschaft für alle Alters- und Pflegeheime

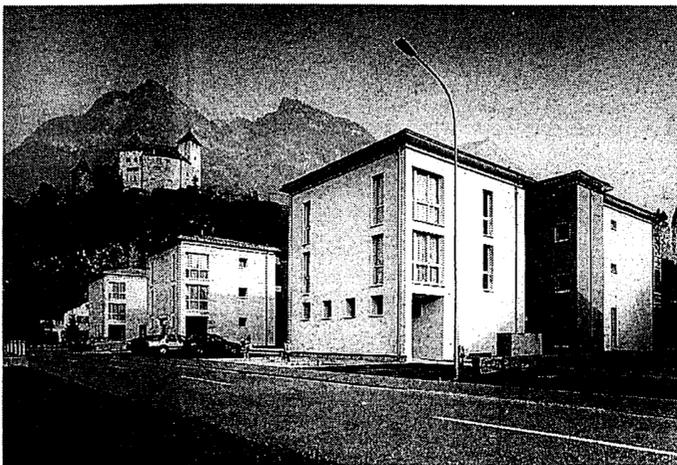
Konkrete Pläne von Land und Gemeinden zur Neuorganisation der Alters- und Krankenhilfe – Statuten für Stiftung in der Vernehmlassung

(mö) – Seit längerem sind in Liechtenstein Bestrebungen im Gange, die Alters- und Krankenhilfe auf eine neue Basis zu stellen. Zu diesem Zweck soll auch für den Betrieb der bestehenden Alters- und Pflegeheime eine einheitliche Trägerschaft in Form einer Stiftung geschaffen werden. Ziel der Neuorganisation ist es, durch eine intensivere Zusammenarbeit und Koordination zwischen den stationären und ambulanten Diensten sowie durch eine Straffung der Trägerschaften der Heime die pflegerische Versorgung zu optimieren, den Einsatz finanzieller Mittel wirksamer zu gestalten und damit auch die Eigenwirtschaftlichkeit zu verbessern.

Im Jahre 1971 errichteten die elf Liechtensteiner Gemeinden und das Land die Stiftung für das Alter, Vaduz. Gemäss ihren Statuten bezweckt sie die Errichtung und den Betrieb von Altersheimen im Ober- und Unterland sowie die Altershilfe. Im Zuge der geplanten Neuorganisation soll diese Stiftung nun nach und nach für das ganze Land neue Trägerin aller Aktivitäten im Bereich der Alters- und Krankenhilfe werden und den neuen Namen «Stiftung Liechtensteinerische Alters- und Krankenhilfe» erhalten. Eine früher durchgeführte Analyse hatte ergeben, dass die Vielfalt und teilweise Überlagerung der angebotenen Dienste im sozialen, pflegerischen und medizinischen Bereich eine zentrale Koordination unumgänglich mache.

Statutenentwurf liegt vor

Im Auftrag der Regierung und der Vorträgerkonferenz hat sich eine Arbeitsgruppe mit der Totalrevision der bisherigen Statuten der Stiftung befasst. Der inzwischen vorliegende Entwurf der neuen Statuten für die künftige «Stiftung Liechtensteinerische Alters- und Krankenhilfe»



Nach den Plänen von Land und Gemeinden soll für den Betrieb der Alters- und Pflegeheime (im Bild das neue Heim «Schlossgarten» in Balzers) schon bald eine einheitliche Trägerschaft errichtet werden.

befindet sich derzeit noch in der Vernehmlassung. Aus Gemeinderatsprotokollen geht hervor, dass sich verschiedene Gemeinden bereits in befürwortendem Sinne zum Vernehmlassungsentwurf geäußert haben. Die Stiftung soll neu so organisiert werden, dass sie in der Lage ist, die ihr übertragenen Aufgaben möglichst effizient zu erfüllen. Zweck der neuen Stiftung ist laut Entwurf «die Gewährleistung einer bestmöglichen Betreuung und Betreuung derjenigen Bewohner des Fürstentums Liechtenstein, die infolge Alters, Krankheit, Hilflosigkeit, Bedürftigkeit oder aus einem anderen Grunde auf die Hilfe Dritter angewiesen sind». Als oberstes Organ soll ein Stiftungsrat – mit angemessener Vertretung

von Land und Gemeinden – bestellt werden.

Eine einheitliche Trägerschaft

Es ist vorgesehen, dass die Stiftung nach ihrer Umstrukturierung den Betrieb der bereits bestehenden fünf Alters- und Pflegeheime (Betreuungszentrum St. Martin, Eschen; Wohnheim Resch, Schaan; Betagtenwohnheim Vaduz; Betreuungszentrum St. Mamertus, Triesen; Alters- und Pflegeheim Schlossgarten, Balzers) auf einen noch festzulegenden Zeitpunkt – voraussichtlich am 1. Januar 1996 – von ihren bisherigen Trägern übernimmt. Die genannten Häuser weisen eine ganz unterschiedliche Struktur auf, und zwar sowohl bezüglich der

Eigentumsverhältnisse wie auch hinsichtlich der Führung.

Im Zuge der Neuorganisation sollen nun die Eigentumsverhältnisse an den bestehenden Alters- und Pflegeheimen teilweise verändert werden. Die Stiftung für das Alter, die bereits Eigentümerin der Baurechtsliegenschaft Betagtenwohnheim Vaduz ist, wird laut Plan zusätzlich von der Genossenschaft für pflegerische und sozialpsychiatrische Betreuung deren zwei Baurechtsliegenschaften – die Betreuungszentren in Eschen und Triesen – übernehmen. Die Gemeinden Schaan und Balzers beabsichtigen hingegen nicht, ihre Heime ins Eigentum der Stiftung zu übertragen. Somit wäre die neuorganisierte Stiftung Eigentümerin von drei der fünf Alters- und Pflegeheimen, dennoch würden alle fünf Heime von der Stiftung betrieben. Die erwähnte Genossenschaft könnte aufgelöst werden.

Ausdehnung der Aufgaben

Die Statuten der neuen Stiftung sind so konzipiert, dass diese neben dem Betrieb der Heime noch weitere Aufgaben, beispielsweise im Bereich der ambulanten Alters- und Krankenhilfe, wahrnehmen könnte. Die Entscheide über eine Ausweitung des Aufgabenfeldes sollen später getroffen werden.

Bezüglich der Finanzierung der vorgesehenen Aktivitäten der Stiftung geht man davon aus, dass die erforderlichen Mittel je zur Hälfte vom Land sowie den elf Gemeinden aufgebracht werden. Die Einzelheiten der Finanzierung sollen in einem neuen Gesetz festgelegt werden, das nach einer Vernehmlassung noch in diesem Jahr dem Landtag zur Beschlussfassung unterbreitet werden dürfte, wie das VOLKSBLATT in Erfahrung bringen konnte.

Johannes Paul legt Moralenzyklika vor

Mit Themen Abtreibung, Verhütung, Sterbehilfe und Gentechnik

Rom/Frankfurt (AP) Papst Johannes Paul hat in seiner am Donnerstag veröffentlichten Moralenzyklika «Evangelium des Lebens» jeden einzelnen, alle gesellschaftlichen Gruppen und den Staat zum Dienst am geborenen und ungeborenen Leben verpflichtet. In dem mehr als 200 Seiten umfassenden kirchlichen Rundschreiben an Kleriker und Laien erteilt der Papst abermals Abtreibung, Empfängnisverhütung, Sterbehilfe und Gentechnik. Gesetze, die Abtreibung und Euthanasie zulassen, seien ohne glaubwürdige Rechtfertigung.

«Das fundamentale Recht auf Leben wird heute bei einer grossen Zahl schwacher und wehrloser Menschen, wie es besonders die ungeborenen Kinder sind, mit Füßen getreten», schreibt Johannes Paul. Die Abschiebung alter Menschen in Heime, die Abtreibung missgebildeter Föten und die Beschleunigung des Todes von schwerkranken, vor allem aber Krieg, ethnische Vertreibung und die wirtschaftliche Benachteiligung von mehreren Millionen Menschen in den Ländern des Südens sind für den Papst Auswüchse einer «Kultur des Todes».

«Das 20. Jahrhundert wird als eine Epoche massiver Angriffe auf das Leben, als endlose Serie von Kriegen und andauernder Vernichtung unschuldiger Menschen gelten», schreibt Johannes Paul. Die Wurzel hierfür sieht er in einer übertrieben individualistischen und pervertierten Auffassung von Freiheit, die den einzelnen zum Absoluten erhebe und ihn nicht zur Solidarität mit Schwächeren veranlasse. Aber auch der zunehmende Materialismus führe dazu, dass Lebensqualität vorwiegend als wirtschaftliche Leistung und hemmungsloser Genuss ausgelegt werde.

Als Wegbereiter der «Kultur des Todes» prangert Johannes Paul eine Vielzahl staatlicher Stellen und gesellschaftlicher Organisationen an – etwa Parlamente, die Abtreibung gesetzlich zulassen.

Ärzte, die Schwangerschaften unterbrechen oder Sterbehilfe leisten, die Massenmedien als Verbreiter einer Mentalität der sexuellen Freizügigkeit sowie Männer und Familien, die Schwangere unter Druck setzen. Die Kampagne dieser Kräfte gegen das Leben habe bereits dazu geführt, dass gewisse verwerfliche Handlungen ihren Verbreitungscharakter verloren hätten.

Abtreibung ist für den Papst ohne jede Einschränkung Mord. Zugleich wendet er sich in scharfer Form gegen medizinische Versuche am ungeborenen Leben, künstliche Befruchtung und vorgeburliche Diagnose zur «selektiven Abtreibung» missgebildeter Föten. Die Kirche stehe solchen Menschen besonders nah, die sich eines behinderten Kindes annähmen.

Eines der alarmierendsten Symptome der verderblichen Kultur ist der Enzyklika zufolge der Versuch des Menschen, sich zum Herren über Leben und Tod zu machen. Die Versuchung, das Sterben von alten oder schwerkranken Menschen zu beschleunigen, greife vor allem in den Wohlstandsgesellschaften um sich, die von einem Leistungsdenken gekennzeichnet seien, das die wachsende Zahl alter und geschwächter Menschen als zu grosse Belastung erscheinen lasse. Die katholische Kirche bleibt aber auch bei ihrer Haltung, dass Selbstmord sittlich ebenso unannehmbar ist wie Mord, auch wenn sich ein Mensch dadurch noch so grosse Erlösung erhoffe.

Den Regierenden redet der Papst ins Gewissen, die Übereinstimmung von staatlichem Gesetz und Sittengesetz herbeizuführen.

Die Aufgabe des Staates sei es, ein geordnetes soziales Zusammenleben in wahrer Gerechtigkeit zu gewährleisten. «Wenn das Recht auf Leben negiert wird, dann ist die Demokratie auf dem Weg zum Totalitarismus», heisst es in der Enzyklika.

Neuer St. Galler Bischof heisst Ivo Fürer

Wahl des 65jährigen Kirchenrechtlers durch den Papst bestätigt

St. Gallen (AP) Der zehnte St. Galler Bischof heisst Ivo Fürer. Die Wahl des 65jährigen Kirchenrechtlers ist vom Papst bestätigt worden. Fürer hatte bei der von Missionen begleiteten Wahl selber indirekt Kritik am Heiligen Stuhl geübt, der sich erstmals seit 1938 in die Bischofswahl einmischte. Die Bischofswahl ist für Pfingstmontag vorgesehen.

Glockengeläute verkündete am Donnerstag mittig im ganzen Kanton die Wahl des neuen Bischofs, dessen Name erst mit zweitägiger Verspätung bekanntgegeben werden durfte. Domkustos Paul Strassmann würdigte den Kirchenrechtler: Fürer sei ein Priester mit Blick in Weite und Tiefe, der Fragen und Probleme richtig zu erkennen und zu gewichten verstehe. «Er wird nie nervös, nie zornig und resigniert nie», sagte Strassmann. Der Präsident des Administrationsrats, Remigius Kaufmann, zeigte sich erleichtert darüber, dass die Wahl ohne grosse Probleme über die Bühne ging und dass der Papst das Wahlrecht des Domkapitels anerkannt hat.

Konkrete Fragen erst angetönt

Bischof Fürer, der seine Arbeit unter den Wahlspruch «Dem Volk Gottes dienen» stellen will, sagte: «Ich bin mir bewusst, dass viele konkrete Fragen von grösster Bedeutung für den Aufbau der Kirche heute anstehen». Er sprach dabei die Situation von Geschiedenen und Wiederverheirateten an, die Stellung der Frau in der Kirche, weitere Schritte auf dem Weg der ökumenischen Zusammenarbeit, Aufgaben im Bereich von Diakonie in neu auftretenden Nöten und Verantwortung für die Dritte Welt. «Mit solchen Fragen werde ich mich sicher auseinandersetzen müssen», sagte Fürer. Es handle sich dabei aber um Aufgaben der kommenden Jahre: «Heute kann ich nur sagen, in welchem Geist ich an die Arbeit gehen will». Fürer wies auch auf andere Probleme des Bischofsamts hin: Die Ge-

sellschaft werde immer mehr säkularisiert, die Menschen würden nicht mehr automatisch in ein christliches Milieu hineingeboren. Damit verbunden sei die Tatsache, dass die Menschen immer mehr selber zusammenstellen, was sie glauben wollten. «Der Glaube wird individualisiert, man bezieht den Inhalt der eigenen Überzeugung aus verschiedensten Quellen», sagte Fürer. Der Glaube sei einerseits persönlicher, andererseits aber auch beziehungsloser geworden. Wichtigstes Ziel der Kirche sei es in dieser Situation, den Menschen zum Glauben an Jesus Christus, den Herrn und Retter der Welt, zu führen. Glaube brauche eine Gemeinschaft, Glaube brauche die Kirche.

Der kleingewachsene Fürer wird als eher aufgeschlossener Kirchenmann eingestuft. Er gilt nicht als konservativ, aber auch nicht als progressiv. Fürer hat das zweite vatikanische Konzil im Bistum St. Gallen konkret umgesetzt.



Der neue St. Galler Bischof heisst Ivo Fürer. Seine Wahl wurde durch den Papst bestätigt.

Schaan
zum Einkaufen

Kommen Sie dem Frühling ein Stück entgegen ins

Modehaus Hannelore

Im Zentrum Kaufin 9494 Schaan